

EU will die Krise aushebeln

Euro-Rettungsfonds. Um der Schuldenkrise endlich Herr zu werden, haben die führenden Politiker der Eurozone in der vergangenen Woche ein ganzes Bündel an Maßnahmen beschlossen. Ein wichtiges Element ist die Aufstockung des Euro-Rettungsfonds – der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) – durch einen Hebel. Ganz risikolos ist der eingeschlagene Weg allerdings nicht.

Der Druck auf die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Währungsunion vor dem jüngsten Gipfel-Marathon war gewaltig. Die Euro-Schuldenkrise hatte sich zuspitzt – die Troika aus EU, Europä-

ischer Zentralbank (EZB) und Internationalem Währungsfonds (IWF) beziffert allein den Finanzbedarf der Griechen bis zum Ende des Jahrzehnts inzwischen auf mindestens etwa 250 Milliarden Euro.

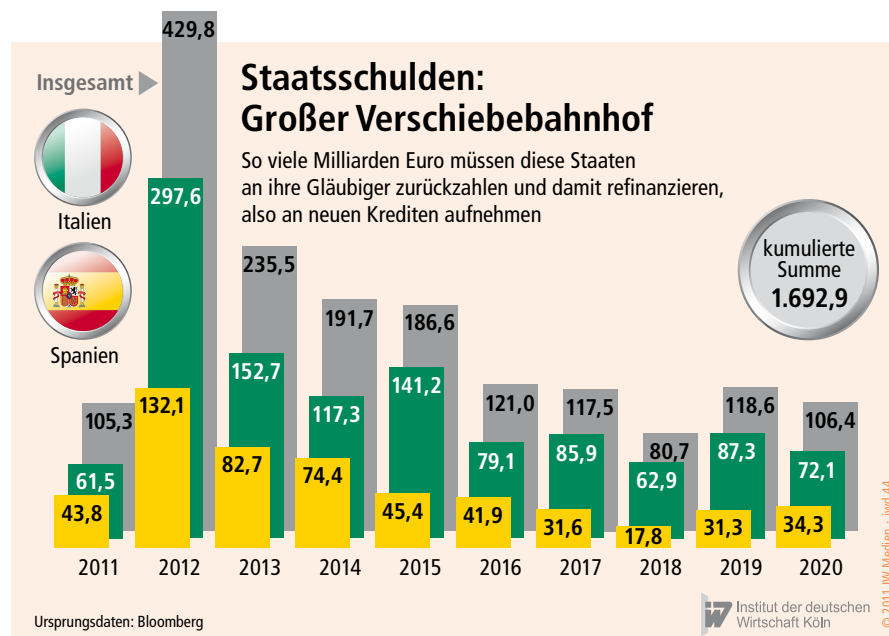
Entsprechend nervös waren zuletzt die Finanzmärkte. Folglich stiegen die Zinsen in vielen Ländern weiter an (Grafik Seite 2):

In Italien etwa kletterten die Zinsen auf zehnjährige Staatsanleihen im Oktober 2011 auf fast 6 Prozent.

In Griechenland, dem Brennpunkt der Eurokrise, schossen die Zinsen sogar auf nahezu 24 Prozent in die Höhe. Angesichts solcher Risikoprämien mussten in Brüssel Nägel mit Köpfen gemacht werden. Herausgekommen ist Folgendes:

- **Schuldenschnitt.** Banken und Versicherungen sollen Griechenland die Hälfte seiner Schulden erlassen. Dieser Schnitt entspricht rund 100 Milliarden Euro. Von den EU-Staaten bekommt Griechenland bis 2014 weitere 100 Milliarden Euro.

- **Aufstockung des Bankenkapitals.** Damit die Krise nicht die Existenz der Banken bedroht, sollen diese bis Mitte 2012 ihr Kernkapital – also Eigenkapital zum Beispiel in Form von Aktien und Gewinnrücklagen – auf 9 Prozent der Bilanzsumme aufstocken. Laut Europäischer →



Inhalt

Schulpolitik: In Deutschland entfällt kaum jede vierte Unterrichtsstunde für 12- bis 14-Jährige auf die MINT-Fächer. Seite 3

Mittelstand: Wie groß dieser Jobmotor tatsächlich ist, hängt von der statistischen Abgrenzung ab. Seite 4

Wissensmanagement: Dieses Thema genießt in vielen Betrieben inzwischen oberste Priorität. Seite 5

Ausbildung: Der Beruf des Bankers hat bei Jugendlichen nach wie vor ein positives Image. Seite 6

Energieintensive Branchen: Höhere Strompreise könnten in diesen Branchen in Deutschland viele Jobs gefährden. Seite 7

Ostdeutsche M+E-Industrie: Bis zuletzt haben die Unternehmen noch nicht mit dem Westen gleichgezogen. Seite 8

Präsident: Dr. Eckart John von Freyend
Direktor: Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland

→ Bankenaufsicht brauchen die Finanzinstitute dazu 106 Milliarden Euro.

• **EFSF.** Um den Rettungsfonds aufzustocken, haben sich die Eurostaaten auf eine Doppelstrategie geeinigt:

1. Versicherungsmodell. Künftig soll der Fonds statt der noch nicht verplanten 250 Milliarden Euro bis zu 1 Billion Euro an Krediten vergeben können. Diese Hebelwirkung funktioniert wie folgt: Wenn ein kriselndes Euroland neue Staatsanleihen ausgeben und sich so frisches Geld am Finanzmarkt besorgen will, versichert der Fonds einen – im Einzelfall noch festzulegenden – Teil dieser Anleihe gegen einen Ausfall.

Wer dann eine Anleihe eines Krisenstaats kauft, geht folglich ein geringeres Risiko ein – was die Nachfrage nach den Staatspapieren steigern und auf diese Weise die Kreditversorgung der klammen Länder sichern soll.

Der Clou dabei ist, dass mit relativ geringem Einsatz große Summen bereitgestellt werden können. Würden zum Beispiel neue Staatsanleihen Italiens zu 25 Prozent abgesichert und würde Rom Anleihen im Wert von 100 Millionen Euro am Markt platzieren, müsste die EFSF nur 25 Millionen Euro davon als Garantie zur Verfügung stellen.

2. Sondertöpfe. Zudem soll der Rettungsfonds Zweckgesellschaften gründen, die er selbst mit einem Grundstock ausstattet. In diese Sondertöpfe sollen aber auch andere Investoren einzahlen – etwa der IWF oder auch ausländische Staatsfonds. Mit diesem Geld würden dann Anleihen von Eurostaaten gekauft; wiederum könnte die EFSF die Investitionen teilweise absichern.

Wie sind diese Beschlüsse zu bewerten? Positiv an der Versicherungslösung ist vor allem, dass der Rettungsfonds nun eine größere Schlagkraft entfalten kann, ohne die

Anleger – wie bei der bisherigen Kreditstrategie der EFSF – ganz aus ihrem Risiko zu entlassen.

Außerdem bleiben die Garantiebeiträge für die EFSF unverändert – die deutschen Steuerzahler haften also nach wie vor maximal mit den im Juli vereinbarten 211 Milliarden Euro.

Sollten allerdings in weiteren Euroländern Schuldenschnitte erforderlich werden, droht ein Ausfall von bis zu 100 Prozent der vom Rettungsfonds versicherten Beträge. Mit der Hebellösung ist also das Risiko für die europäischen Steuerzahler keineswegs vom Tisch. Bei den Sondertöpfen sind zudem viele Details noch unklar – nicht zuletzt lässt sich über das tatsächliche Interesse ausländischer Investoren, Geld in die Euro-Krisenstaaten zu stecken, bislang nur spekulieren.

Umso intensiver müssen sich die Eurostaaten um Reformen bemühen, die das Wachstum stärken und eine konsequente Konsolidierung ermöglichen. Je nach Ausgangslage kann es beispielsweise angezeigt sein, den Arbeitsmarkt flexibler zu gestalten oder bestimmte Dienstleistungsbranchen zu liberalisieren.

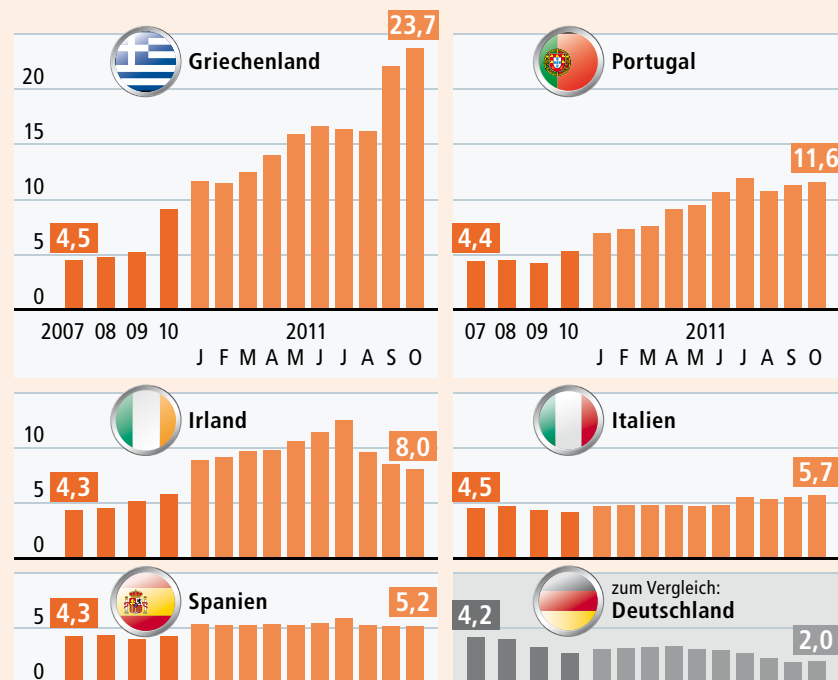
Gerade die großen „Problemkinder“ Italien und Spanien stehen vor enormen Herausforderungen – schon deshalb, weil sie demnächst viel Geld an ihre Gläubiger zurückzahlen müssen (Grafik Seite 1):

Bis zum Jahr 2020 summieren sich die Schulden, die Italien und Spanien begleichen und refinanzieren müssen, auf fast 1,7 Billionen Euro.

Nur wenn auch diese Staaten den Finanzmärkten bald überzeugende Perspektiven bieten, kann das jüngste Anti-Krisen-Paket der Euroländer wirken. Daher sollten die neuen Hilfslösungen an von EU und IWF kontrollierte Reformprogramme geknüpft werden.

Krisenstaaten: Zinsen im Steigflug

Zinsen auf Staatsanleihen mit zehn Jahren Restlaufzeit in Prozent



Oktober 2011: Durchschnitt 1. bis 21.10.
Quelle: Bloomberg

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2011 IWF Medien - iwd 44

Deutschland verpasst den Anschluss

Schulpolitik. Naturwissenschaften und Mathematik, die sogenannten MINT-Fächer, werden von der deutschen Bildungspolitik noch immer stiefmütterlich behandelt: Kaum jede vierte Unterrichtsstunde für 12- bis 14-jährige Schüler entfällt auf den MINT-Unterricht. Andere Länder sind da viel weiter.

Wenn die Bundesagentur für Arbeit ihren monatlichen Arbeitsmarktbericht veröffentlicht, weist sie gebetsmühlenartig darauf hin, dass der Bedarf an Arbeitskräften aus dem Bereich Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT) unvermindert hoch ist. Und auch das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) kommt in seinen Berechnungen für September 2011 auf mindestens 150.000 nicht besetzte MINT-Stellen.

Und alle Welt wundert sich, warum bei diesen glänzenden Berufsaussichten nicht mehr Abiturienten in ein MINT-Studium einsteigen. Doch so einfach ist die Sache nicht. Untersuchungen belegen nämlich, dass Hans nur das lernt, was auch Hänschen schon gepaukt hat:

Vorbild Russland

In Russland pauken die 12- bis 14-Jährigen so viel Mathe und Naturwissenschaften wie sonst nirgends auf der Welt. Die Betonung der MINT-Fächer schlägt sich in der Spitzenforschung nieder. Seit 1990 kommt bei jeder Verleihung der Fields-Medaille, eine Art Nobelpreis für Mathematiker, mindestens ein Preisträger aus Russland. Letzter deutscher Preisträger war 1986 der Gelsenkirchener Gerd Faltings.

Wer ein MINT-Fach studiert, hat zumeist vorher in der Schule Mathematik und eine Naturwissenschaft als Leistungskurs belegt.

Die jüngst veröffentlichte internationale Bildungsstudie der OECD legt den Finger in die Wunde und kommt zu dem Ergebnis, dass diese Schulfächer in Deutschland weiterhin vernachlässigt werden (Grafik). Nicht einmal jede vierte Unterrichtsstunde des Pflichtkurrikulums entfällt auf den MINT-Unterricht.

Vielmehr folgt die schulische Bildung nach wie vor dem Ideal des Dichters und Denkers. In fast jeder dritten Unterrichtsstunde werden Deutsch, Englisch und andere sprachliche Fächer gelehrt. Und selbst die „weichen“ Fächer Kunst, Sport und Religion kommen zusammen auf einen ähnlich hohen Anteil wie Mathe und Naturwissenschaften.

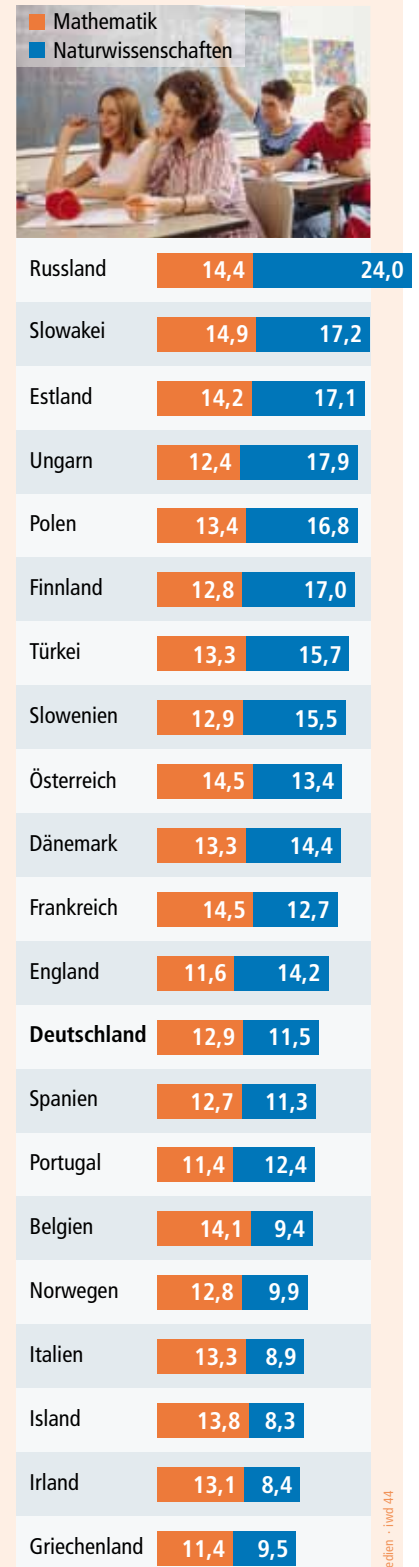
Die Schulpolitik ignoriert, dass die Exportnation Deutschland auch ein Land der Tüftler und Techniker ist.

Die Europäische Kommission ist allerdings schon weiter als so mancher Kultusminister. In ihrem jüngsten Innovationsbericht hat sie den nationalen Schulpolitikern ins Aufgabenheft geschrieben, dass sich die Ausbildung junger Menschen stärker als bisher am Bedarf der Wirtschaft orientieren muss.

Indes hat z. B. Baden-Württemberg – ein Land, das von seiner innovativen Metall- und Elektro-Industrie lebt – schon vor zehn Jahren die Reißleine gezogen. Dort müssen Schüler in der Oberstufe mindestens vier Stunden Mathematik pro Woche lernen. Die Schulleistungen sind seitdem nachweisbar gestiegen.

MINT-Unterricht: In Osteuropa öfter auf dem Stundenplan

Mathematisch/naturwissenschaftliche Unterrichtsstunden in Prozent des gesamten Pflichtkurrikulums 12- bis 14-jähriger Schüler im Jahr 2009



Belgien: französischer Teil
Quelle: OECD

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Aus der Mitte entspringt die Wirtschaft

Mittelstand. Spätestens im nächsten Bundestagswahlkampf werden die kleinen und mittleren Unternehmen wieder von allen Seiten gelobt und zum Jobmotor der deutschen Wirtschaft gekürt werden. Doch was den Mittelstand tatsächlich ausmacht, darüber streiten die Statistiker.

Schließt man Kleinbetriebe mit ein, gehören in der Bundesrepublik 99,7 Prozent aller Unternehmen zum Mittelstand (Grafik). Als Großunternehmen gilt eine Firma hierzulande erst, wenn sie mehr als 500 Beschäftigte hat; die EU zieht diese Grenze schon bei 250 Beschäftigten.

Damit gibt es in Deutschland etwa 3,7 Millionen kleine und mittlere Unternehmen. Zwei Millionen von ihnen beschäftigen sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer. Die übrigen 1,7 Millionen sind Kleinstbetriebe, in denen nur der oder die Eigentümer/in und eventuell noch Familienangehörige oder geringfügig Beschäftigte arbeiten.

Insgesamt entfallen auf die Betriebe mit weniger als 500 Mitarbeitern 79 Prozent aller sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer in Deutschland.

Je nach Berechnungsmethode fällt dieser Anteil jedoch geringer aus – zum Beispiel, wenn man als zweites Mittelstandskriterium einen maximalen Jahresumsatz von 50 Millionen Euro hinzunimmt, wie es die EU und das Institut für Mittelstandsforschung tun. Dann sinkt der Anteil des Mittelstands an allen in Deutschland sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auf knapp 61 Prozent. Die Gründe: Immer mehr Unterneh-

Wissenswertes über den Mittelstand

99,7 Prozent aller Unternehmen in Deutschland erzielen einen Jahresumsatz von bis zu 50 Millionen Euro und haben weniger als 500 Mitarbeiter – damit gehören sie zum Mittelstand. (Stand: 2009)

82 Prozent aller Auszubildenden sind in Betrieben mit weniger als 500 Mitarbeitern unter Vertrag. (Stand: 2008)

79 Prozent aller Beschäftigten in Deutschland arbeiten in Betrieben mit weniger als 500 Mitarbeitern. (Stand: 2010)

Knapp 61 Prozent aller Beschäftigten in Deutschland arbeiten in Betrieben mit weniger als 500 Mitarbeitern und mit bis zu 50 Millionen Euro Jahresumsatz. (Stand: 2009)

46 Prozent aller Investitionen entfallen auf Unternehmen mit weniger als 500 Mitarbeitern. (Stand: 2006)

39 Prozent des gesamten Umsatzes in Deutschland werden von mittelständischen Unternehmen erwirtschaftet. (Stand: 2009)

Knapp 15 Prozent der Ausgaben für Forschung und Entwicklung entfallen auf Betriebe mit weniger als 500 Mitarbeitern. (Stand: 2010)

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Bundesinstitut für Berufsbildung, Institut für Mittelstandsforschung Bonn, ifo Institut, Statistisches Bundesamt, Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien · Iwd 44

men überschreiten die fixe Umsatzgrenze aufgrund der Geldentwertung und des Wirtschaftswachstums. So gibt es nur etwa 6.000 Großunternehmen mit mindestens 500 Mitarbeitern, aber mehr als doppelt so viele Firmen, die mehr als 50 Millionen Euro Umsatz erwirtschaften.

Eine besonders große Rolle spielt der Mittelstand für die berufliche Ausbildung. Über 82 Prozent der Auszubildenden lernen hier ihr Handwerk. Bei Investitionen und Umsatz erreichen die kleinen und mittelgroßen Unternehmen allerdings nicht einmal die Hälfte der gesamtwirtschaftlichen Werte, da Großunternehmen deutlich mehr Kapital einsetzen und deshalb produktiver sind. Genauso sieht es in der Forschung und Entwicklung aus: Hier haben Konzerne mit eigenen Forschungsabteilungen das Heft in der Hand.

Auch beim Umsatz liegt der Mittelstand nicht vorn. Nur 39 Prozent aller in Deutschland erwirtschafteten Umsätze entfallen auf Mittelständler. Doch über die wirtschaftliche Stärke der mittelständischen Unternehmen sagt das nicht viel aus. Denn der niedrige Umsatzanteil des Mittelstands wird durch die höhere Fertigungstiefe relativiert – Großunternehmen kaufen im Durchschnitt einen größeren Anteil ihrer Endprodukte zu. Die große Diskrepanz zwischen dem Beschäftigtenanteil des Mittelstands einerseits und den Anteilen am Output und an den Investitionen andererseits ist zudem ein Hinweis auf eine arbeitsintensivere Fertigung in den kleinen und mittelgroßen Betrieben.

Unternehmen wollen's wissen

Wissensmanagement. Wenn früher diskutiert wurde, ob und wie das Wissen in Unternehmen systematisch genutzt und weitergegeben werden soll, dann hieß es meist: „Kein Geld, keine Zeit!“ Heute genießt das Thema in vielen Betrieben oberste Priorität.

Da kann der neue Mitarbeiter noch so motiviert sein: Gegen einen „alten Hasen“ hat er erst einmal wenig Chancen, denn dessen Erfahrung ist in der Regel nicht zu schlagen. Das wissen auch die Unternehmen und erkunden gezielt, welches Know-how in ihrem Haus vorhanden ist (Kasten). Forscher der Technischen Universität Chemnitz haben nun im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums 3.400 Betriebe befragt, mit welchen Instrumenten sie ihr Wissen managen (Grafik).

Demnach sehen immer mehr Unternehmen, wie bedeutsam es ist, sich das Kundenwissen zu eigen zu machen. Entsprechend steht die Auswertung von Reklamationen besonders hoch im Kurs. Auch die Analyse von Fehlern und der Erfahrungsaustausch zwischen Kollegen wird oft gefördert.

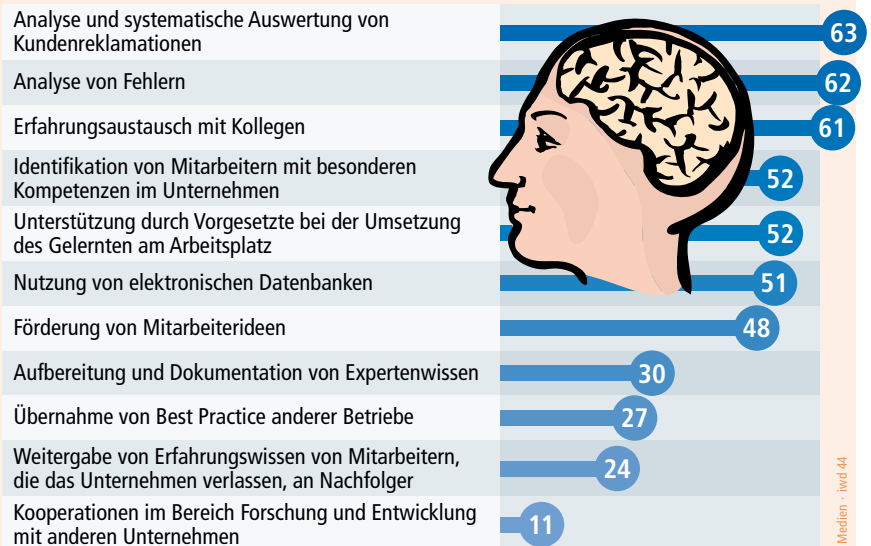
In nur 11 Prozent der Fälle wird hingegen Wissen zwischen Unternehmen ausgetauscht oder gemeinsam gemehrt. Ein anderes Ergebnis der Umfrage ist noch alarmierender:

Nur 24 Prozent der Unternehmen kümmern sich um eine systematische Weitergabe des Wissens von einem Mitarbeiter an seinen Nachfolger.

Generell haben jene Unternehmen das Wissensmanagement am stärksten ausgebaut, die in besonderem Maße auf ihre Kunden, auf ihre

Wissensmanagement: Aus Fehlern lernen

So viel Prozent der Unternehmen nutzen diese Instrumente



Befragung von 3.401 Unternehmen mit mindestens zehn Mitarbeitern im Zeitraum Mitte August 2010 bis Ende Januar 2011; Quelle: Bundeswirtschaftsministerium

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - Iwd 44

Innovationsfähigkeit und auf ihr Personal ausgerichtet und angewiesen sind. Jene Firmen, die vor allem nicht zu teuer wirtschaften wollen, sind beim Wissensmanagement oft zu nachlässig. Sie sind auf das fixiert, was sich schnell bezahlt macht; das Wissensmanagement rechnet sich häufig aber erst nach einiger Zeit.

Diese Ergebnisse decken sich mit denen des Personal-Panels des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln aus dem Jahr 2010: Knapp zwei Drittel der innovativen Unternehmen – das sind jene, die in den vergangenen drei Jahren eine Innovation gemeldet haben – gewähren ihren Mitarbeitern Freiräume, um Ideen zu entwickeln, die das Unternehmen voranbringen. Von den weniger innovativen Unternehmen bietet nur gut die Hälfte solche Freiräume.

Knapp 90 Prozent der sehr innovativen Unternehmen wollen, dass ihre Mitarbeiter sich als „Mitdenker“ ver-

stehen, bei den weniger innovativen sind es nur rund drei Viertel.

Die Forscher betonen noch einen weiteren Punkt: Je stärker die Unternehmen im Wettbewerb stehen und je schwieriger die Personalrekrutierung wird, desto wichtiger wird das Wissensmanagement.

Wissensmanagement

Das in Unternehmen vorhandene Wissen wird immer mehr zum entscheidenden Produktionsfaktor und ist dadurch mittlerweile genauso wichtig wie Kapital und Arbeit. Das Wissensmanagement hat die Aufgabe, den Erwerb, die Entwicklung, den Transfer und die Konservierung von Wissen systematisch zu organisieren.

Kritisiert wird am Wissensmanagement häufig, dass der Begriff undifferenziert ist und „Wissen“ nicht stark genug von den Begriffen „Daten“ und „Informationen“ abgegrenzt wird.

Büro schlägt Blaumann

Ausbildung. Bankkaufmann oder Industriemechaniker? Friseurin oder Medizinische Fachangestellte? Bei der Entscheidung für einen Ausbildungsberuf spielen viele Faktoren eine Rolle – nicht zuletzt das Image.

Der Beruf des Radio- und Fernsehtechnikers war einmal hoch angesehen. Für die Generation Google klingt das ziemlich uncool, und deshalb interessieren sich die jungen Leute für diesen Beruf erst wieder, seit er in „Informationselektroniker“ umbenannt wurde.

Das Image eines Berufs hängt laut einer Befragung des Bundesinstituts für Berufsbildung und der Bundesagentur für Arbeit nicht allein vom Namen ab; genauso wichtig ist der individuelle Blickwinkel des Betrachters. Und der wird einerseits vom Alter und vom Geschlecht des angehenden Azubis geprägt und andererseits davon, was Freunde und Bekannte vom angestrebten Beruf halten. Das führt zu fast schon klišeehaften Ergebnissen:

Während mehr als die Hälfte der Mädchen glaubt, dass MINT-Berufe wie Industriemechanikerin bei ihren

Ausbildungsberufe: Banker mit gutem Image

So viel Prozent der Bewerber mit diesem Abschluss gaben an:

Mit diesem Beruf „fänden mich meine Bekannten vermutlich eher gut bzw. sehr gut.“	Insgesamt	mit maximal Hauptschulabschluss	mit mittlerem Abschluss	mit Studienberechtigung
Bankkaufmann/-frau	77	61	83	91
Bürokaufmann/-frau	77	66	83	80
Mediengestalter/-in Digital und Print	74	61	79	88
Gestalter/-in für visuelles Marketing	73	58	78	87
Medizinischer/-e Fachangestellter/-e	63	54	66	69
Industriemechaniker/-in	59	60	60	52
Informations- und Telekommunikationssystem-Elektroniker/-in	59	54	61	60
Kfz-Mechatroniker/-in	53	62	51	37
Restaurantfachmann/-frau	44	48	45	38
Fachmann/-frau für Systemgastronomie	38	41	38	33
Zweiradmechaniker/-in	33	43	30	18
Fachverkäufer/-in im Lebensmittelhandwerk	32	47	26	17
Bäcker/-in	26	36	22	17
Friseur/-in	21	29	18	12
Fleischer/-in	13	19	11	8
Gebäudereiniger/-in	6	12	6	4

Befragung von 3.586 Bewerbern im Jahr 2010
Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - Iwd 44

Bekanntem nicht gut ankämen, sagen 80 Prozent der Jungen das genaue Gegenteil.

Bei dem typisch weiblichen Beruf der Medizinischen Fachangestellten verhält es sich umgekehrt.

Auch der Schulabschluss hat Einfluss darauf, was Jugendliche über bestimmte Berufe denken (Grafik).

Hauptschüler verbinden mit Handwerksberufen häufiger ein positives

Image – Gymnasiasten bevorzugen dagegen Dienstleistungsberufe.

Das vielleicht erstaunlichste Ergebnis der Image-Umfrage aber ist, dass Banker in den Augen der Jugendlichen nach wie vor gut dastehen – Finanz- und Wirtschaftskrise hin oder her. Insgesamt 77 Prozent aller Bewerber sind der Meinung, dass Banker bei ihren Bekannten gut ankommen. Auf Platz zwei folgen Bürokaufleute. Schlusslichter im Image-Ranking der jungen Leute sind Fleischer und Gebäudereiniger.

In der Welt der Erwachsenen sieht das Berufsranking ganz anders aus. Laut einer – nicht auf duale Ausbildungsberufe beschränkten – Forsa-Umfrage unter gut 3.000 Deutschen im Sommer 2011 genießen die Banker eher ein mittelmäßiges Ansehen; ganz oben stehen Feuerwehrmänner, Kranken- und Altenpfleger sowie Polizisten.

KMU-MINT-Veranstaltung

Wie kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) Mitarbeiter aus den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT) für sich gewinnen und langfristig halten können, ist Thema der Veranstaltung „Personalarbeit als Erfolgsfaktor – MINT-Fachkräftesicherung in KMU“. Auf der Tagung, die am 25. November im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie in Berlin stattfindet, stellen das Institut der deutschen Wirtschaft Köln und das Rationalisierungs- und Innovationszentrum der Deutschen Wirtschaft die Ergebnisse ihrer dreijährigen Projektarbeit vor. Dabei geht es unter anderem um den Zusammenhang von Personalarbeit und Unternehmenserfolg oder um die Konzepte mittelständischer Unternehmen zur Fachkräftesicherung.

Weitere Infos: www.mint-fachkraefte.de

Angst vorm Dominoeffekt

Energieintensive Branchen. Höhere Strompreise könnten energieintensive Branchen aus Deutschland vergraulen. Damit würden aber auch jede Menge Jobs verloren gehen – insgesamt hängen 1,5 Millionen Beschäftigte von energieintensiven Industrien ab.

China ist nicht immer schuld. Zwar wird der Energiehunger in Fernost gern als Argument für steigende Strompreise gebracht. Doch es sind nicht diese Preisschübe, die der deutschen Industrie im internationalen Wettbewerb zu schaffen machen – schließlich sind auch die Konkurrenten in anderen Ländern davon betroffen.

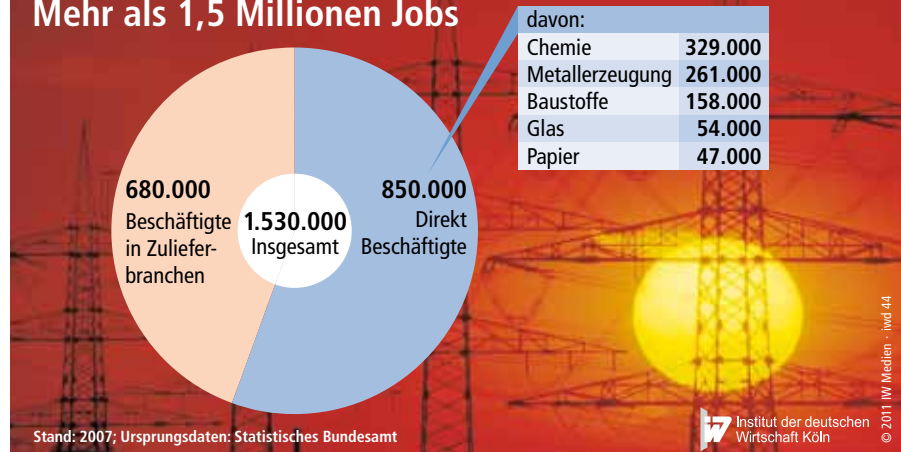
Die energieintensiven Branchen hierzulande leiden eher unter den hausgemachten Teuerungen. Dazu tragen Steuern ebenso bei wie die Förderung erneuerbarer Energien, der europäische Emissionshandel und nicht zuletzt der beschleunigte Ausstieg aus der Kernenergie. Schon heute halten sich große Energieverbraucher mit Investitionen in der Bundesrepublik zurück.

Dabei haben die energieintensiven Unternehmen eine wichtige Rolle in der Wertschöpfungskette der deutschen Wirtschaft. So fragen sie Vorleistungen bei anderen Branchen nach; gleichzeitig liefern sie auch selbst Waren als Vorleistungen an nachgelagerte Branchen.

Allein in den energieintensiven Branchen Chemie, Metallerzeugung, Baustoffe, Glas und Papier arbeiten etwa 850.000 Beschäftigte.

Fast noch einmal so viele sind in den Zulieferbranchen unmittelbar von diesen Industrien abhängig

Energieintensive Unternehmen: Mehr als 1,5 Millionen Jobs



(Grafik). Insgesamt beschäftigen die energieintensiven Unternehmen damit mehr als 1,5 Millionen Arbeitnehmer.

Hinzuzählen könnte man außerdem noch jene Beschäftigten, die die energieintensiven Grundstoffe weiterverarbeiten – zum Beispiel in der

Autoindustrie, die gemeinsam mit der Metallindustrie neue Werkstoffe und Karosseriekonzepte entwickelt. Ohne energieintensive Unternehmen könnten also ganze Wertschöpfungsketten wegbrechen. Wie viele Jobs dadurch zusätzlich auf der Kippe stünden, lässt sich kaum schätzen.

Eine Frage für Experten

Weil ökologische Fragestellungen immer komplexer werden, sind Politiker auf die Einschätzungen von Fachleuten angewiesen. Eine Übersicht über die wichtigsten Protagonisten:

Neben dem **Umweltbundesamt** sind vor allem der **Rat von Sachverständigen für Umweltfragen (SRU)** und der **Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU)** wichtige Ansprechpartner. In beiden Gremien sitzen Wissenschaftler verschiedener Fachrichtungen und beraten die Bundesregierung durch regelmäßige Gutachten und Stellungnahmen zu aktuellen politischen Entscheidungen. Während der SRU auf die Umweltsituation in Deutschland fixiert ist, hat der WBGU die Aufgabe, verstärkt globale Umwelt- und Entwicklungsprobleme im Blick zu behalten.

Neben diesen rein wissenschaftlichen Gremien gibt es noch solche, in denen neben den Wissenschaftlern auch Unternehmer, Verbandsvertreter, Abgesandte aus Fachbehörden oder sachkundige Personen des öffentlichen Lebens sitzen – etwa der 2001 gegründete **Nachhaltigkeitsrat**. Er benennt konkrete Handlungsfelder für die Bundesregierung und äußert sich zu aktuellen Themen.

Auch die Mitglieder des Bundestags können auf Expertenwissen zurückgreifen. Sie nehmen etwa den **Wissenschaftlichen Dienst** in Anspruch oder setzen eine sogenannte **Enquetekommission** ein. Diese Arbeitsgruppe besteht aus Abgeordneten aller Fraktionen sowie externen Sachverständigen und ist nur für einen begrenzten Zeitraum tätig.

Ein Wermutstropfen bleibt

Ostdeutsche M+E-Industrie. Die ostdeutschen Hersteller von Maschinen, Autos und anderen Metall- und Elektroerzeugnissen haben die Krise der Jahre 2008 und 2009 endgültig überwunden. Mit der westdeutschen Metall- und Elektro-Industrie kann der Osten trotz aller Fortschritte aber noch nicht gleichziehen.

Den Trabant, die Computer der Firma Robotron sowie die Pentacon-Kameras oder Traktoren mit den Namen Aktivist und Pionier – die Produkte der Metall- und Elektro-Industrie made in GDR kannte im Osten jedes Kind. Aber nur wenige DDR-Marken haben die Wende überlebt, zum Beispiel der Kleintransporter Multicar.

Zwei Jahrzehnte später lässt sich jedoch mit Fug und Recht behaupten, dass die ostdeutsche M+E-Industrie wie Phönix aus der Asche gestiegen ist. Vorzeigefirmen wie Infineon, VW, Jenoptik und Enercon

produzieren heute überaus erfolgreich im Osten:

Im Jahr 2010 entfielen 8,5 Prozent des gesamten M+E-Umsatzes auf die ostdeutschen Länder.


Bei den Jobs und den Unternehmen sind die Anteile sogar noch höher: So arbeiten heute 11 Prozent aller M+E-Beschäftigten in den neuen Bundesländern; außerdem sind dort 16 Prozent aller Betriebe der Branche angesiedelt.

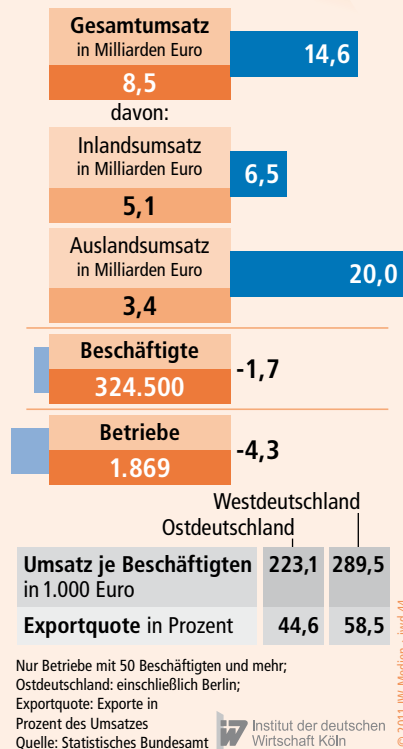
Der Jobaufbau kommt zügig voran. Seit Dezember 2009 sind im Osten rund 35.000 zusätzliche Stellen entstanden.

Am weitesten zum Westen aufgeschlossen haben die Hersteller von EDV-Geräten und Elektronik – sie erzielten 2010 rund 16 Prozent der gesamtdeutschen Umsätze und stellen 18 Prozent der Beschäftigten. Die Ost-Autoindustrie und der Maschinenbau dagegen erwirtschafteten jeweils nur 6 Prozent der gesamtdeutschen Umsätze. Durch den Ausbau der Standorte von BMW und Porsche in Leipzig dürfte der bisher geringe Anteil der ostdeutschen Automobilindustrie steigen.

Insgesamt ähnelt die Entwicklung der ostdeutschen und der westdeutschen M+E-Industrie der Geschichte vom Hase und dem Igel. Immer wenn die ostdeutschen Hersteller Entwicklungssprünge gemacht ha-

Ostdeutsche M+E-Industrie: Die Krise ist überwunden

2010  Veränderung gegenüber Vorjahreszeitraum in Prozent



ben, sagen die westdeutschen Produzenten: Wir sind schon da.

Umsatzwachstum. Im Jahr 2010 steigerte die ostdeutsche M+E-Industrie ihren Umsatz um 14,6 Prozent (Grafik). Die westdeutsche aber schaffte ein Plus von 17,3 Prozent.

Exporte. Die Ausfuhren der ostdeutschen M+E-Industrie legten 2010 um 20 Prozent zu – die der westdeutschen Unternehmen allerdings um 24 Prozent. Viele Ost-Betriebe sind indes als Zulieferer der Westindustrie indirekt in deren Export eingebunden.

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellvertreterin: Brigitte Lausch
Redaktion: Alexander Weber (verantwortlich),
Andreas Wodok (Textchef), Jork Herrmann,
Sylvia Miskowicz, Berit Schmiedendorf
Redaktion Berlin: Klaus Schäfer
Redaktionsassistentin: Angelika Goldenberg
Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen
Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iw@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich
Bezugspreis: € 8,30/Monat, zzgl. € 3,01
Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer
Abo-Service: 0221 4981-443,
hartmann@iwkoeln.de
Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft
Köln Medien GmbH,
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln,
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Bercker Graphischer Betrieb
GmbH & Co. KG, Kevelaer

Dem iwD wird einmal monatlich
(außer Januar und Dezember)
„Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektro-
nische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter:
www.pressemonitor.de

iW.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.